

Was
denn noch,
Rita?!



Angeblich hat sie „Schlimmstes verhindert“. In Wahrheit aber treibt sie Schlimmstes mit voran: Was Heiner Geißler vor drei Jahren nicht schaffte, schafft jetzt Rita Süßmuth, die Familienministerin der CDU/CSU. Zusammen mit der FDP und unter dem Beifall der CSU droht sie die schon jetzt demütigende Abtreibungs-Praxis in der BRD noch zu verschärfen!

Kaum an der Macht, präsentiert die neue Regierung ein sogenanntes „Beratungs“gesetz, das den gültigen § 218 „ergänzen“ soll. In Wahrheit ist es eher ein Bevormundungsgesetz. Als hätte der § 218 es nötig, noch verschärft zu werden ... Schließlich bedroht er noch heute jede abtreibende Frau mit Gefängnis (zumindest theoretisch, praktisch ist dieses Gesetz kaum angewandt worden). Die Möglichkeit zur Abtreibung ist eine Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben von Frauen. Sie ist aber 1987 kein Recht, sondern eine Gnade. Bestenfalls. Auch unter der sogenannten „Reform“ ist Abtreibung nur unter bestimmten Bedingungen erlaubt. Nun soll auch noch diese Zeit der Gnade vorbei sein. Denn das geplante Beratungsgesetz sieht unter anderem vor:

- daß alle Beratungsstellen in Zukunft „zugunsten des Lebens beraten“. D.h. konkret, daß auch Frauen, die das gar nicht wollen, zur Mutterschaft gedrängt werden können.
- und daß Beratende wie Ärzte/innen zu Fortbildungsmaßnahmen zum Schutz der „ungeborenen Kinder“ gezwungen werden können. D.h. sich mit Propagandafilmen wie „Der stumme Schrei“ oder Sprüchen wie „Frauen die abtreiben, sind Mörderinnen“ indoktrinieren lassen müssen.

b.w.

Bundesweite
Protest-Veranstaltung gegen den § 218
23. Mai 1987 11-18 Uhr in Frankfurt
Aula der Fachhochschule, Nibelungenplatz 1
(mit Kinderbetreuung)

Damit wird der schon jetzt kleine Spielraum für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen noch stärker bedroht. Helfende Institutionen wie Pro Familia und Arbeiterwohlfahrt werden eingeschüchtert. Frauen werden verunsichert. Und die selbsternannte „Frauenministerin“ Süßmuth macht's möglich: Im Namen des „Wertewandels“. Im Windschatten der alternativen „neuen Sensibilität“. Dieses „Beratungs“gesetz darf nicht verabschiedet werden! Frauen müssen wieder in die Offensive gehen! Wir müssen selbst für unsere Rechte kämpfen!

Noch vor oder gleich nach der Sommerpause plant die CDU einen Parteitag mit dem Motto: „Für das Leben“. Für wessen Leben wohl! Und für was für ein Leben! Für das selbstbestimmte Leben mündiger Frauen und gewollter Kinder? Oder für das entrechtete Leben unmündig gehaltener Frauen und ungewollter Kinder?

**Kommt zu unserem Kampftag gegen den § 218!
Denkt mit uns zusammen nach, wie wir uns wehren können!**

**Keine Verabschiedung des Beratungsgesetzes!
Ersatzlose Streichung des § 218!
Das Selbstbestimmungsrecht der Frau!**

**Frauen gegen § 218
(Bundesweite Koordination)**

Bundesweite Unterstützer/innen:

Alice Schwarzer (EMMA), Melitta Walter (Journalistin und Past-Präsidentin der PRO FAMILIA), Verena Krieger (Die GRÜNEN, MdB), PRO FAMILIA-Landesverband Hessen, Familienplanungszentrum Gießen, PRO FAMILIA Bielefeld, PRO FAMILIA Kassel, PRO FAMILIA-Landesverband Hamburg, Familienplanungszentrum Hamburg e.V., PRO FAMILIA-Landesverband Bremen, PRO FAMILIA-Landesverband Berlin, Humanistische Union, Fraueninitiative 6. Oktober, Wildwasser e.V. — Arbeitsgemeinschaft gegen den sexuellen Mißbrauch an Mädchen, EFA (Erwerbslose Frauen Altona), GEW Landesverband Hamburg, Lisette Milde (zweite Bundesvorsitzende, Seniorenschutzbund Graue Panther e.V.), Susanne v. Paczensky (Journalistin), Katja Leyrer (Journalistin), Mechthild Jansen (Publizistin u. Mitinitiatorin der „Aktion Muttertag“), Jutta Redmann (Journalistin, Trägerin der „Aktion Muttertag“), Ruth Winkler (stellv. Juso-Bundesvorsitzende), Beate Rössler, Heide Jürgens, Kirsten Wulf (Sprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen, Die GRÜNEN), Christa Merkel, Regina Michalik (Bundesvorstand, Die GRÜNEN), Rita Werkmeister (Frauenreferentin, Die GRÜNEN, Bonn), Frauenbereich der Alternativen Liste Westberlin, Frauenbereich der Grün Alternativen Liste Hamburg, Frauenbereich der Grün Alternativen Liste Hannover, Kommunistischer Bund (KB), DKP, Demokratische Sozialisten (DS), Vereinigte Sozialistische Partei (VSP).

Veranstaltungs- Programm

Was sollte frau über den § 218 wissen

Informationen zur Abtreibungspraxis, geplantem Beratungsgesetz, Plänen der Abtreibungsgegner etc.

Melitta Walter

Gesellschaftliche Moral und Konfliktfrage beim Schwangerschaftsabbruch — Zwangsberatung zum Wohl der Frau?

Verena Krieger

Lebensschützer/innen bei Grünen und Alternativen

Alice Schwarzer

Der § 218 eine Frauenfessel.
Wir müssen uns endlich wieder wehren!

§ 218 Gruppe Darmstadt

Frauenreferat im AstA der THD